

# Eine neue Illusion: Die „Bekennnisnation“



Von WOLFGANG HÜBNER | Je bunter und uneinheitlicher bzw. politisch entsprechend umvolkt Deutschland wird, desto wichtiger wird die Antwort auf die Frage, wie die Nation zusammengehalten werden soll. Mit diesem Problem beschäftigen sich zwar die derzeitigen grünen Umfragekönige schon deshalb nicht, weil für dieses politische Spektrum selbst der Begriff oder gar der Wert der Nation keine Bedeutung hat. Es gibt aber noch Deutsche, die sich fragen, wie es mit der eigenen Nation weitergehen könnte. Einer davon ist der junge CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, Tobias Hans. Am 6. Juni hat der 41-Jährige in der FAZ einen langen Text veröffentlicht, der den Titel hatte: „Deutsch – eine Frage des Bekenntnisses“.

Ob der erste saarländische Ministerpräsident ohne abgeschlossenes Studium oder Berufsausbildung den Text selbst geschrieben hat oder von einem Mitarbeiter schreiben ließ, soll hier mal keine Rolle spielen. Wichtiger ist schon, dass am 14. Juni, also nur wenig später, der FAZ-Leitartikel die Überschrift „Ein Bekenntnis zu diesem Land“ trug, allerdings ohne direkte Bezugnahme auf die Überlegungen von Tobias Hans. Was nun schreibt der Saarländer? „Was wir brauchen ist ein moderner, zeitgemäßer Nationenbegriff. Hierfür geeignet wäre aus meiner Sicht der Begriff der ‚Bekennnisnation‘.“

Und was ist Hans zufolge eine „Bekennnisnation“? Hans: „Dies wäre eine Nation, die alle einschließt, die sich zu ihr

bekennen – gleich welcher Herkunft, welcher Hautfarbe und welcher Religion“. In Anbetracht der großen Attraktivität der deutschen Sozialpolitik für Einwanderer und Invasoren könnte das allerdings einen vielmillionenfachen Ansturm in die „Bekenntnisnation“ aus Afrika, Arabien und Asien auslösen. Wie Hans das verhindern will? Wir lesen, dass die „Bekenntnisnation“ alle umfassen soll, „die unsere grundlegenden Werte der Menschenwürde und Menschenrechte, der freiheitlichen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit teilen.“

„Lieber Herr Hans“, möchte man ihm zurufen, „das wird kaum reichen, um den großen Ansturm auf die offenen Grenzen Ihrer Kanzlerin zu verhindern!“ Doch der AKK-Nachfolger im Saarland glaubt zu wissen, wie das zu bewerkstelligen ist: „Eine Nation, zu der die Menschen in ungeteilter Loyalität stehen, in der sie Solidarität schenken und empfangen und die zu den guten wie zu den schlechten Seiten ihrer Geschichte steht.“ Allerdings sind all diese „Bekenntnis“-Punkte nun wirklich keine, die solche im eigenen Land perspektivlosen Kongolesen oder Afghanen sonderlich abschrecken dürfte, sich für eine Zukunft in Deutschland zu entscheiden.

Aber der Fan der „Bekenntnisnation“ ließe sich von solchen Einwänden wohl nicht beeindrucken, erlaube doch der Begriff „eine positive Identifikation für alle Menschen in unserem Land.“ Ja, er gäbe sogar die Antwort auf die Frage, „was es heute heißt, Deutsche und Deutscher zu sein. Und Menschen mit zum Beispiel türkischer Abstammung, die sich hierzu bekennen, sind auch keine ‚Deutsch-Türken‘ oder ‚Türken mit deutschem Pass‘ mehr, sie sind Deutsche und nichts anderes. Sie sollten als solche anerkannt werden, sie sollten sich als solche aber auch selbst definieren.“

Wie das geschehen soll, weiß allerdings auch Hans nicht. Denn er muss zugeben: „Die Bekenntnisnation lässt sich freilich nicht in eine rechtlich verbindliche Form gießen. Der Staat kann das Bekenntnis nicht erzwingen.“ In diesen beiden Sätzen blitzt immerhin ein gewisser Realitätssinn auf. Doch dann

schreibt Hans: „Es spricht viel dafür, dass dieser Begriff von Nation einen Beitrag zu mehr Unbefangenheit und Gelassenheit im Umgang mit uns selbst leisten würde... Es ist Zeit, dass wir eine normale Nation werden“. Zum Schluss also wieder nur politische Prosa samt der interessanten Einschätzung, dass die Deutschen derzeit keine normale Nation sind.

Für letzteres gibt es in jüngster Zeit zwar deutliche Indizien, doch die dürften dem Ministerpräsidenten aus der CDU weniger zu denken geben. Dem kritischen Leser seines Artikels gibt allerdings zu denken, wie luftig-unpräzise diese „Bekennnisnation“ konstruiert wird. Denn Bekenntnisse, ob aus Liebesgründen, materiellen oder sonstigen Motiven, werden oft innerhalb eines einzigen Menschenlebens mehrfach gewechselt – warum soll das in Sachen Nation gerade bei den Millionen ohne deutsche Herkunft und kulturelle Verwurzelung anders sein?

Und es fällt auf, dass von einem ganz entscheidenden Bekenntnis überhaupt keine Rede in dem Text ist, nämlich der deutschen Sprache. Dabei ist diese Sprache das historisch gewachsene Haus der deutschen Nation. Ob es eine oder einer mit dem Bekenntnis zu Deutschland ernst meint, lässt sich – zwar nicht allein, aber doch in hohem Maße – an der Bereitschaft und dem Willen zur Beherrschung dieser zugegeben nicht einfachen Sprache erkennen. Das erstaunliche Desinteresse von Hans an dieser Tatsache ist irritierend, wenn nicht sogar verräterisch. Zwar betont er, wie auch der ins gleiche Horn stoßende FAZ-Leitartikler: „Die Loyalität muss eindeutig sein“. Doch Loyalität lässt sich so wenig erzwingen wie das Bekenntnis zur deutschen Nation, insbesondere von inzwischen Millionen kulturfremden Migranten.

Hans ignoriert bei seinen Überlegungen zudem den politisch gewollten Wechsel von der Integrations- zur Vielfaltgesellschaft. Für dieses Menschenexperiment mit äußerst unbekanntem Ausgang ist seine Partei CDU ebenso verantwortlich wie das gesamte etablierte Parteienkartell. Offenbar spürt Hans jedoch, dass dieses Experiment schief zu

gehen droht – der Realität können sich ja auch Ministerpräsidenten nicht völlig verschließen.

Doch sein Rezept der „Bekenntnisnation“ wird das Problem nicht lösen. Und das wird sich spätestens dann in aller Klarheit zeigen, wenn die gesellschaftlichen und sozialen Folgen nicht mehr mit Kreditmilliarden vertagt werden können. Tobias Hans ist jung genug, um diese Situation noch erleben zu müssen. Es wird dann ganz anderer Bekenntnisse bedürfen.

---



Hübner auf  
der Buch-  
messe 2017  
in  
Frankfurt.

*PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite erreichbar.*